

## Kreativität ist gefragt

Zu: „Viele Kommunen stecken im Teufelskreis“, FR-Wirtschaft vom 2.3.

Die Analyse von Norbert Walter-Borjans führt noch nicht weit genug. Zum einen bedarf es für ein echtes zukunftsgerechtes Investitionsprogramm vor allem einer Föderalismusreform, bei der insbesondere der Fehler der letzten korrigiert wird, wonach die Länder alleine für die Bildung zuständig sind, da schon Willy Brandt als Bundeskanzler erkannt hat, dass dieser Bereich durch die Bundesregierung aktiv mitgestaltet werden können muss. Zum anderen sollte man die Entlastung der Kommunen, die vielerorts in der Tat dringend erforderlich ist, auch an wegweisende Maßnahmen koppeln, damit das Geld nicht irgendwo im Stadtsäckel versickert, wobei zum Beispiel Orte wie Norderstedt im Norden von Hamburg ein gutes Vorbild darstellen, die bereits seit mehr als einem Jahrzehnt über ihre Stadtwerke unabhängig von den privatwirtschaftlichen Oligopolisten auf dem Telekommunikationsmarkt ein eigenes hochmodernes Glasfasernetz betreiben und darüber stetige Einnahmen generieren. Deshalb erfordert ein Durchbrechen des Teufelskreises nicht nur mehr Geld, sondern kreative Ideen, zumal das Modell der öffentlichen Hand als digitaler Unternehmer auch in Schweden sehr erfolgreich angewendet wird! Rasmus Ph. Helt, Hamburg



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Respekt und Toleranz fangen im Kleinen an

Nach dem Attentat von Hanau: „Der Feind steht rechts“, FR-Politik vom 6. März

### Öffnen wir unsere Köpfe und unsere Herzen

Gegen Terror, Krieg und Gewalt hilft nur die Besinnung auf die Menschenrechte und deren konsequente Durchsetzung. Wenn wir alle anerkennen, dass jeder Mensch frei und gleich an Rechten geboren wird, machen wir keine Unterschiede mehr zwischen Herkunft, Geschlecht, Religion und Alter. Leider ist die Menschheit davon noch sehr weit entfernt. Wir können die grausamen Morde von Hanau zum Anlass nehmen, unsere Köpfe und Herzen zu öffnen, und unsere Verhaltensweisen und Einstellungen ändern. Wir können die Botschaft der Menschenrechte in die Welt tragen und dafür sorgen, dass Respekt vor dem Anderen und Toleranz zu Gleichberechtigung und einem friedvollen Miteinander führt.

Diese große gesamtgesellschaftliche Herausforderung fängt in der kleinsten Einheit an: Haben in meiner Familie die weiblichen Mitglieder die gleichen Rechte wie die männlichen? Wie ist die Stellung der Kinder? Die Kinderrechte sind bis heute nicht im Grundgesetz verankert. Wie wird mit unterschiedlicher sexueller Orientierung umgegangen? Wird ein neues Mitglied anderer Herkunft

oder Glaubenszugehörigkeit akzeptiert?

Stellen wir uns dann diese Fragen im Hinblick auf unsere Vereine, Institutionen, religiöse Gemeinschaften, Parteien und alle weiteren Bereiche, wo Menschen sich zusammenfinden und überlegen, was wir und was die Führenden dort verändern müssen. Lassen wir sie nicht aus der Verantwortung. Hildegard Weidemann, Rodgau

### Tappen wir nicht in die Fallen der Rechten

Mir scheint zurzeit besonders wichtig, dass wir, denen die rechten Tendenzen wehtun, nicht den Fehler machen, in unserer Haltung und Sprache in die Fallen zu tappen, die uns die Rechten bereitgestellt haben. Und so finde ich eine Formulierung wie „Rechtsextremismus muss ausgemerzt werden“ einerseits attraktiv, weil sie die Ablehnung der rechten Einstellungen zum Ausdruck bringt, andererseits falsch, weil sie sich der rechten Vernichtungssprache anverwandelt.

Meines Erachtens tut es Not, sich im Versuch, nationalistische und rassistische Überzeugungen hinfällig werden zu lassen, mehr auf das zu konzentrieren, was wir richtig und wichtig finden, was wir wollen, welche Gegenwart und Zukunft wir für uns,

für dieses Land und unser Zusammenleben in der Welt erstreben und etwas dafür zu tun.

Wie gehen wir mit unseren Jungen um, damit sie ihre jugendliche Power konstruktiv einsetzen und nicht in rechten Zirkeln abarbeiten? Wie gehen wir mit den digitalen Blasen um, aus denen wir alle immer weniger heraustreten, um zu sehen, was der Rest der Welt erlebt und fühlt? Wie treten wir denen gegenüber auf, die von Verschwörungsideen überzeugt sind? Wie können wir eine menschenfreundliche Haltung anderen attraktiv und plausibel machen? Wie sprechen wir selbst? Was für Witze und Bemerkungen machen wir oder lassen wir durchgehen? Wie stärken wir Demokratie konkret und arbeiten für mehr Gerechtigkeit – obwohl das ein nie endendes Projekt ist?

Wie gelingt es, denen, die nationalistisches, autoritär-totalitäres und rassenideologisches Gedankengut anheizen, mit Entschiedenheit, Konsequenz und allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats und dennoch als Mitbürgern zu begegnen – selbst wenn das bisweilen schwerfällt, weil sie selbst sich nicht wie Mitbürger, geschweige denn wie Mitmenschen verhalten? Konstanze Streese, Frankfurt

**Diskussion:** [frblog.de/hanau](http://frblog.de/hanau)

## Ein Faschist als Beamter

Zu: „AfD-Mann Höcke bleibt Beamter“, FR-Regional vom 22. Februar

Was ist das für ein politisches Klima, in dem ein Faschist Beamter sein kann, nicht aber die Tochter des antifaschistischen Widerstandskämpfers Peter Ginkgold? Und wer im Angesicht von Kassel, Wächtersbach, Halle, Hanau, NSU ... von irren Einzelkämpfern spricht, der spielt der Neonazi-Szene, die sich immer massiver vernetzt und aufstellt, in die Hände. Das untergräbt die Demokratie nicht minder.

Die Forderung der CDU, Links und Rechts gleichermaßen auf Abstand zu halten, verharmlöst Faschisten und ihre Stichwortgeber. Ausflüchte von CDU-SpitzenpolitikerInnen, sie hätten jeweils andere Gründe für ihre Distanz gegenüber Links und Rechts, ändern nichts daran, dass die CDU beide Parteien letztlich auf der parlamentarischen Ebene praktisch doch gleichsetzt. Alles in allem stimmen in diesem Klima die moralischen Grundsätze in mehrfacher Hinsicht überhaupt nicht mehr.

Bernhard Trautvetter, Essen

**Diskussion:** [frblog.de/rhetorisch](http://frblog.de/rhetorisch)

Alle Zuschriften dieser Ausgabe des Leserforums wurden auch online veröffentlicht: [frblog.de/lf-20200309](http://frblog.de/lf-20200309)

## Eine wegweisende Entscheidung

Zu: „Die Strafverfolgung bei der Sterbehilfe ist nach hinten losgegangen“ und „Der Pflege Rechnung tragen“, FR vom 26.2.

### Klassenkampf von oben

Solange eine Regierung die Pflege vorwiegend nicht nach humanitären und sozialen Paradigmen, sondern nach kapitalistischen und neoliberalen ausrichtet, wird sie weder eine gesetzliche, noch eine konzeptuelle Sterbehilfe, die diesen Namen verdient, beschließen können. Wenn jegliche soziale Arbeit zuerst nach monetären Gesichtspunkten betrachtet und praktisch ausgerichtet wird, öffnet dies windigen Geschäftsmachern, auch bei der Sterbehilfe, Tür und Tor, und es gibt nur Murks, wenn Regierungen versuchen, diese Missstände per Gesetz einzudämmen. So titelt die FR sehr originell „Der Pflege Rechnung tragen“, offenbart aber damit auch, dass der Blick auf das Zwischenmenschliche getrübt ist, wenn nur die Finanzierung im Vorder-, zumeist auch im Mittel- und Hintergrund steht.

In Altenheimen müssen rund 120 000 Pflegekräfte eingestellt werden. Das entspricht einer Erhöhung um 26 Prozent. Stellen wir uns einmal das Geschrei von Arbeitgeberverbänden vor, wenn ihnen so viel Arbeitskräfte zum Beispiel in der Produktion für den Export fehlten. Die Politik hat die Missstände in der Pflege über Jahrzehnte ausgesessen. Aber es wird weiter geschachert. Auch dies ein Beispiel für den Umgang mit Menschenwürde in diesem Land. Sie prägt Haltung

und Einstellungen und trägt nicht selten zu inhumanen und radikalen Gesinnungen bei. Auch an diesem Beispiel ist die Spaltung eines Landes ablesbar: Eine Sterbehilfe verkommt zu einem Luxusproblem für Reiche, die Armen müssen sich als Pflegebedürftige mit einer menschenverachtenden Pflege abfinden. Die Pflegenden arbeiten für wenig Geld und zu schlechten Bedingungen und sollen sich mit einer Konkurrenz auseinandersetzen, die in Ländern abgeworben wurden, wo sie dringend gebraucht werden, während die Sterbehilfe als neuer Geschäftszweig Furore macht. Das ist Klassenkampf von oben. Robert Maxeiner, Frankfurt

### Der Staat hat diesem Urteil zu gehorchen

Das deutsche Grundgesetz (GG) ist menschlicher als die deutsche Bundesregierung und die Mehrheit des deutschen Bundestages, die „ihrem Gewissen folgend“ mit dem § 217 StGB (Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung) die Sterbewilligen und ihre Helfer für einen assistierten Freitod so verunsichert haben, dass die Menschen, die aus dem Leben scheiden wollten, sich wieder aus der Höhe in die Tiefe oder vor einen Zug werfen, einen anderen unwürdigen Tod suchen mussten oder unter großem Leiden und Schmerzen starben.

Dank des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG)

vom 26.2. erhält nun die Menschlichkeit des GG die ihm zustehende Bedeutung – denn das BVerfG hebt nicht nur den § 217 StGB auf und stellt so den Status quo ante wieder her: NEIN, das BVerfG hält – urbi et orbi – fest: „Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst als Ausdruck persönlicher Autonomie ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen.“ Das ist ein sehr wichtiger Schritt hin zu einer modernen konsequent laizistischen Gesellschaftsordnung weg vom immer noch grassierenden Obrigkeitsdenken hin zu selbstverantwortlichen, selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern.

Es ist jedermann überlassen, einer von ihm gewählten Gemeinschaft – wie den Kirchen – anzugehören und sich nach deren Moralkodex auszurichten: kein Schwangerschaftsabbruch, kein Freitod. Jedermann kann in diesen Fragen nach seinem Gewissen entscheiden. Aber der deutsche Staat, seine Organe, haben diesem wegweisenden Entscheid zu gehorchen: „Das allgemeine Persönlichkeitsrecht gewährleistet das Recht, selbstbestimmt die Entscheidung zu treffen, sein Leben eigenhändig bewusst und gewollt zu beenden.“ Jürg Walter Meyer, Leimen

**Diskussion:** [frblog.de/sterbehilfe-3](http://frblog.de/sterbehilfe-3)